

Obmänner-Konferenz

sei daher nicht dafür, daß man das Ministerium des Innern in dieser Frage umstimmen solle. Man solle vielmehr vom Kriegsministerium verlangen, daß das Mehl für die Soldaten überwiesen werde. Weiters führt der Redner aus, daß die Wirkung der Brotkarte am Sonntag eine niederschlagende war. Der Sonntag sei überhaupt als erster Brotkartentag schlecht gewählt gewesen. Die Bevölkerung habe sich am Samstag noch schnell mit Brot versorgt. Sonntag seien Frauen von 7 bis 9 Uhr früh herumgelaufen und konnten kein Brot mehr erhalten, Montag sei es etwas besser gewesen; jedoch am Dienstag sei die Situation in einzelnen Bezirken geradezu katastrophal gewesen. Die Leute seien eben der Meinung, daß sie mit der Brotkarte Brot bekommen müßten. Gestern seien einzelne Filialen der Ankerbrotfabrik förmlich gestürmt worden. Die zuletzt Kommenden hätten jedoch leer abziehen müssen.

Im X. Bezirke haben die Frauen demonstrativ in die Stadt marschieren wollen. Wie diesen Zuständen abgeholfen werden könnte, wisse er nicht, doch glaube er, es müsse mehr Brot gebacken werden. Die Ration sei für Schwerarbeiter und für Leute, die eine Anzahl Kinder hätten, viel zu klein.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner übernimmt wieder den Vorsitz.

Gem.-Rat Skaret führt weiter aus, daß Leute, die sehr gut informiert seien und in der Kriegsgetreide-Kommission sitzen, erklären, daß die Stadt Wien den größten Katastrophen in dieser Frage entgegengehe, da die erforderlichen Getreidemengen nicht vorhanden seien. Er glaube, es würde sehr gut sein, in zirka 14 Tagen mit der Ausgabe des Reis zu beginnen.

Gem.-Rat Dr. Hein schließt sich der Meinung des Gem.-Rates Skaret an, man solle das Ministerium des Innern in seiner Haltung unterstützen. Magistratsrat Dr. Jamöck solle im Kriegsministerium vorstellig werden. Die Mißstände mit der Brotkarte habe die Obmänner-Konferenz vorausgesehen, er ersuche den Herrn Bürgermeister, anfangs nächster Woche wieder eine Sitzung der Obmänner-Konferenz einzuberufen, um gestützt auf das Ergebnis der ersten Woche, zu der Brotkartenfrage Stellung zu nehmen.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller schließt sich den Ausführungen des Gem.-Rates Dr. Hein nicht an; man solle in den Kampf zwischen dem Ministerium des Innern und dem Kriegsministerium überhaupt nicht eingreifen. Auch müsse er abermals darauf hinweisen, ob es nicht gut wäre, eine Rayonierung durchzuführen, dadurch könnten die großen Ansammlungen vor den Brotverschleißstellen vermieden werden.

Gem.-Rat Schmid ist ebenfalls dafür, sich nicht in den Konflikt zwischen dem Ministerium des Innern und dem Kriegsministerium einzumischen, doch sollte jeden Tag eine amtliche Anfrage an die beiden Ministerien gerichtet werden, in welcher Weise die Frage gelöst worden sei. Er sei auch für die Rayonierung; die Hauptsache wäre, möglichst viel Brot zur Verfügung zu stellen, doch sei nicht mehr Mehl da, um mehr Brot backen zu können. Nach seiner Meinung könnte eine Besserung eintreten, wenn nicht die Vorschrift bestünde, daß Leute, die Vorräte haben, von diesen nicht mehr als 35 kg per Kopf und Woche nehmen dürfen. Wenn diese Leute ihre Vorräte voll ausnützen könnten,

würden sie wahrscheinlich die Brotkarte weniger stark ausnützen, was zur Folge hätte, daß mehr Brot für die Bevölkerung übrig bliebe.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner entgegnet, daß diese Vorschrift auch wieder seine gute Seite habe, denn es könnte ja auch der Tag kommen, wo er diese Überdeckungen konfiszieren müßte.

Vize-Bürgermeister Hierhammer meint, daß die Rayonierung wohl die Ansammlungen vor den einzelnen Verkaufsstellen beseitigen würde, denn bei den Brotstellen Men d'l's, des Konsumvereines und bei jenen Bäckern, die ein besseres Brot erzeugen, sei der Andrang ein gewaltiger, doch sei eine Rayonierung sehr schwer durchzuführen; man solle den Erfolg der ersten Woche abwarten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß seit dem 18. März täglich die Mehlabnehmer wachsen.

Gem.-Rat Skaret erklärt, über die Rayonierung könne er vorläufig kein Urteil abgeben, er möchte aber vor einer Überstürzung in dieser Frage warnen. Heute könne man, wenn man bei sechs oder sieben Bäckern kein Brot bekommen habe, vielleicht doch beim achten Bäcker etwas bekommen, dies sei bei der Rayonierung ausgeschlossen; die Situation könnte dadurch nur verschärft werden.

Die Mehliberdeckungen hätte man konfiszieren sollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führt aus, daß nach den Erhebungen vom 28. Februar 70.000 Haushaltungen einen Vorrat von mehr als 20 kg gehabt hätten, würden heute noch 40.000 über 50 kg haben, so ergäbe die Konfiskation 200 Waggons Mehl.

Dieses Quantum würde für ungefähr fünf Tage ausreichen, der Effekt würde im Verhältnis zu dem zur Durchführung erforderlichen Apparat nur ein geringer sein. Auch wäre die Qualität des konfiszierten Mehles durch die Verschiedenartigkeit und infolge der oft gewiß nicht einwandfreien Aufbewahrung eine zweifelhafte.

Der Bürgermeister beauftragt die anwesenden Ressort-Referenten, für die nächste Sitzung der Obmänner-Konferenz entsprechende Berichte vorzubereiten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt weiters mit, daß in der letzten Nummer der „Sonn- und Montags-Zeitung“ vom 12. April 1915 ein Artikel erschienen sei, der schwere Angriffe auf die Autonomie der Gemeinde enthalte. Er meine, die Obmänner-Konferenz müsse gegen solche Angriffe Stellung nehmen. Die Konferenz habe während des Krieges die Autonomie der Gemeinde zu schützen und dürfe, da sie schwere Opfer zur wirtschaftlichen Sicherung der Gemeinde aufgeboten habe, derlei Vorwürfe nicht ruhig hinnehmen.

Gem.-Rat Reumann erklärt, daß er für seinen Verband die Erklärung abgebe, gegen jeden Angriff auf die Autonomie der Gemeinde zu protestieren und alle Vorwürfe gegen die Obmänner-Konferenz, da er als Mitglied derselben durch die einmütigen Beschlüsse mitverantwortlich sei, zurückzuweisen.

Gem.-Rat Dr. Hein spricht sich in demselben Sinne aus und ersucht, für die nächste Sitzung der Konferenz die Formulierung eines Protestes der Konferenz zur Beschlußfassung vorzulegen.